

Raumordnerische Notizen aus Frankreich (III)

I. DIE REGIONALISIERUNG

1. Die ersten Richtlinien

Seit einigen Jahren hat der Zentralismus Frankreichs das Einflußgebiet der öffentlichen Verwaltung so vergrößert, daß der Staat selbst seine riesige Macht und Einwirkung zu fürchten begann. Planung und Raumordnung verhalfen dazu, der Zentralverwaltung neue Türen zu öffnen und die Regionen immer mehr von Paris abhängig zu machen. So haben zuerst die Oppositionsführer und dann auch die Verantwortlichen der Mehrheitspartei die Vorherrschaft der Technokraten getadelt und ein besseres geographisches Gleichgewicht für Frankreich verlangt. Die regionalen Wirtschaftskomitees und die regionalen wirtschaftlichen Entwicklungsausschüsse (CODER) wollten nicht nur beratend mitwirken, sondern auch wirkliche Entscheidungsbefugnisse von der Zentralverwaltung erhalten. Ende März 1968 wies dann Staatschef General *de Gaulle* bei der Eröffnung der regionalen Ausstellung von Lyon auf ein neues regionales Gleichgewicht hin und sprach den Regionen die Rolle einer Triebfeder in der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs zu.

Gleich danach gab die Regierung weitere Richtlinien bekannt: Durch Regionalisierung soll die Staatsgewalt dezentriert werden. Die Region soll einen neuen Rahmen für die Planung bilden. Das Departement wird jedoch weiterbestehen und das Fundamentelement des französischen Verwaltungsaufbaues bleiben.

Somit wurde das Regionalisierungsverfahren zugleich eingeleitet und abgegrenzt: Dekonzentration und Dezentralisation, aber kein Förderalismus mit gewählter Exekutive. Das bedeutet, daß es keine regionalen Parlamente, also Landtage, mit regionaler Autonomie geben wird.

2. Die regionalen Machtbefugnisse

Während der Herbstsitzung des französischen Parlaments im Jahre 1968 bekannte sich die Mehrheit der Volksvertreter für die Regionalisierung. Folgende Hauptprinzipien wurden jetzt schon allgemein festgelegt: Der regionale Präfekt wird nicht mehr zugleich Präfekt des Departements und der Regionalhauptstadt sein. Auf diese Weise kann er vollständig seine regionale Funktion wahrnehmen. Dennoch bleibt aber der Regionalpräfekt gleichzeitig Vertreter des Zentralstaates und Chef der Region.

Damit die regionale Territorialversammlung nicht zu föderalistischen Beschlüssen übergehen kann, sollen ihr keine allgemeinpolitischen regionalen Funktionen zuerkannt werden. Zunächst soll diese Versammlung nur ein „Regionalrat“ sein, der dem Regionalpräfekt auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet beratend zur Seite steht. Dieser Rat wird auf regionaler Ebene aus politischen, beruflichen und sozialen Vertretern gebildet. Die Zusammensetzung und die Wahl dieser Vertreter sollten ursprünglich

im Laufe des Jahres 1969 festgelegt werden. Auch das Problem des regionalen Haushalts müßte demnächst gelöst werden.

3. Mini- oder Maxi-Region?

Frankreich gliedert sich derzeit in 21 Regionen auf. Die Technokraten möchten die Zahl auf etwa 12 bis 15 heruntersetzen, um „effektiver“ zu sein. Die politischen und lokalen Vertreter sind aber der Ansicht, daß zu große Regionen die Gemeinden und Departements gefährden würden. So werden die 21 Regionen provisorisch beibehalten, und es können nur lokale kleine „Grenzänderungen“ vorgenommen werden. Man hat sich aber entschlossen, später größere Regionen zu bilden und inzwischen interregionale Räte einzusetzen.

Auch neue Eingemeindungen sind vorgesehen, da Frankreich ebenso viele Gemeinden besitzt wie die anderen fünf Partner der EWG und die Schweiz zusammen, nämlich 38 000.

4. Die Schwierigkeiten

Es ist nicht leicht, den fest eingewurzelten Jakobinismus abzuschwächen. Auch die geplante Regionalisierung wird von Paris aus gelenkt. Hat doch seit langen Jahrzehnten die Hauptstadt die besten Technokraten angezogen und in leitenden Stellen eingesetzt.

Man arbeitet von Paris aus schon am 6. Plan (1971–75), der in den Regionen eine bessere Entwicklung einleiten soll. Darum sah man schon im neuen Senat eine Pariser Macht gegen eventuelle regionale „Irrwege“. So hat man z. B. feststellen müssen, daß die neue Fakultäten und Institute, die in Paris im Jahre 1968 gegründet wurden, hauptsächlich die Provinzialuniversitäten trafen, da der Strom der Professoren aus der Provinz nach Paris durch diese Neugründungen verstärkt wurde.

Trotzdem aber sind die heutigen Bemühungen von hohem Interesse. Es ist nicht möglich, eine jahrhundertealte Zentralisierung in einigen Jahren abzuschwächen. Dazu werden noch mindestens 20 Jahre benötigt. Manche denken aber, daß Frankreich eines Tages froh sein wird, im planetarischen Zeitalter nicht zu sehr regionalisiert zu haben.

II. DIE ERSTEN ERGEBNISSE DER GRÜNDUNGSPERIODE DER PARISER REGION (1962–1969)

Die Präfektur der Pariser Region stellt in einem sehr aufschlußreichen Buch¹ die Ziele und Ergebnisse der Regionalisierung des wirtschaftlichen und demographischen Zentrums Frankreichs während der ersten Zeitspanne von 1962 bis 1969 dar — höchstwahrscheinlich mit der Absicht, dem

Referendum vom 27. April 1969 sachliche Unterlagen zu bieten.

Die Veröffentlichung berichtet zuerst über die Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, dann über die Strukturreformen von Verwaltung und Gesellschaft, zuletzt über die raumordnerischen Umwälzungen der Infrastrukturen und der öffentlichen Hand.

So ist auf Grund der Bevölkerungszählung von 1968 festzustellen, daß der Bevölkerungszuwachs von 1954 bis 1962 1 152 000 Personen betrug gegenüber nur 900 000 von 1962 bis 1968 (d. h. 10 % der Gesamtbevölkerung). Die industrielle Produktion stieg von 1962 bis 1968 um beinahe 50 %. Während derselben Zeitspanne wurden 300 000 bis 350 000 Arbeitsplätze geschaffen; der nominale Wert des Einkommens der Bevölkerung stieg um 50 %, die Kaufkraft um 20 %; der Ankauf von Wohnungen, Autos und Fernsehapparaten stieg um 50 bis 150 %; 600 000 Wohnungen wurden erbaut, d. h. ebensoviel wie in Lyon und Marseille zusammen.

Die Regionalisierung der Pariser Region weist folgende Grundvorteile auf²:

- Das jährliche Bevölkerungswachstum wurde auf 1,3 % verringert gegenüber 2 % von 1954 bis 1962.
- Der soziale Wohnungsbau stieg um 65 %.
- 106 Stadterneuerungsverfahren in einem Umfang von etwa 600 ha wurden begonnen; davon sind 35 % schon beendet.
- 3,5 Millionen qm Neuindustrie sowie 2,6 Millionen qm Büros wurden angesiedelt, d. h. ein Fünftel mehr als während der Zeitspanne 1954–62. Diese Aktion hat jedoch die Dezentralisierungspolitik nicht gehemmt.
- 11 000 neue Volksschulklassen für insgesamt 350 000 Kinder wurden gegründet; dies bedeutet einen Anstieg von 45 % der Gesamtklassenanzahl.
- 140 000 neue Schulplätze wurden im Sekundarunterricht gegründet, d. h. 36 % mehr als nach dem Stand im Jahre 1962.
- Zwischen 1961 und 1970 wird sich die Zahl der Schwimmbecken und Sportplätze verdoppelt haben.
- 15 neue Krankenhäuser wurden gebaut und 3500 Krankenbetten für chronische Leiden aufgestellt.
- Der Bau der regionalen Untergrundbahn wurde begonnen; 1969 wurde der erste Abschnitt in Betrieb gesetzt.
- Die Pariser Gürtelstraße ist zu zwei Drittel fertiggestellt (24 von 36 km).
- Die Autostraße „Norden“ ist fertiggestellt; die Autostraße „Süden“ ist dabei, verdoppelt zu werden; die Autobahn „Westen“ erreicht demnächst Rouen; die Autobahn „Osten“ ist begonnen.
- 5 Wasseraufbereitungsanlagen wurden modernisiert; eine weitere ist im Aufbau begriffen.
- 11 neue Müllverarbeitungsbetriebe sind zur Zeit im Bau.

¹ Vgl.: Sept ans de vie de la région parisienne et de son district – 1962–1969. Hrsg.: Préfecture de la Région Parisienne. – Paris 1969.

² Es ist dies eine öffentliche Stellungnahme, die jedoch mit der spontanen Entwicklung verglichen werden müßte – eine Arbeit, die noch niemand unternommen hat.

– Von 1962 bis 1967 wurde die staatliche Finanzierung der Investitionen zweieinhalbmal vergrößert; während derselben Zeitspanne erhöhten sich die Kommunalanleihen um das Dreifache. Das bedeutet eine jährliche Investie-

rungsquote von rund 4 Milliarden Franken (dreimal mehr als 1962), wenn man noch den regionalen Steueraufwand und die Selbstfinanzierung der Kommunen hinzurechnet.

Gabriel Wackermann